

Stellungnahme des Bundesnetzwerkes der Mehrgenerationenhäuser

Das Bundesnetzwerk der Mehrgenerationenhäuser e.V. möchte die Gelegenheit nutzen, eine Stellungnahme zum Diskussionspapier: Auf dem Weg zu einer Strategie gegen Einsamkeit des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, vom 01.03.2023 abzugeben. Mit dem vorliegenden Statement beschränken wir uns auf Bereiche, zu denen wir auf Grund unserer jahrzehntelangen Erfahrung noch eigene Gesichtspunkte einbringen können.

Dem Entwurfspapier gelingt es grundsätzlich, die vielfältigen Aspekte der Entstehung und Unterscheidung von Einsamkeit in verschiedenen Kontexten zu beleuchten und in all seinen Facetten und verschiedenen Themenbereichen und Empfehlungen zu berücksichtigen. Den zentralen Diagnosen des Entwurfs können wir zustimmen. In den Schlussfolgerungen bzw. Empfehlungen setzen wir teilweise in einzelnen Bereichen etwas andere bzw. erweiterte Akzente.

Einsamkeit ist ein Tabuthema

Wir begrüßen es, Einsamkeit/Vereinsamung als Tabuthema und somit als gesamtgesellschaftliche Herausforderung zu verstehen und befürworten die von Ihnen genannten Ziele¹. Die bereits laufende Kampagne mit Flyern und Plakaten begrüßen wir und betrachten sie als zielführend. Unterstützend empfehlen wir eine Ausweitung in die erweiterten Medienbereiche.

Eine durchgreifende Strategie gegen Einsamkeit/Vereinsamung muss intersektoral und interdisziplinär erarbeitet werden. Erfahrungen aus den Mehrgenerationenhäusern zeigen, dass sowohl zielgruppenübergreifende als auch zielgruppenspezifische Angebote notwendig sind und sich ergänzen.

Zusätzlich müssen aufsuchende Maßnahmen gefördert werden, was nur in Zusammenarbeit mit Wohnungsunternehmen, Rentenversicherungsträgern, medizinischen Versorgungsstrukturen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen gelingen kann². Im Strategiepapier sollten zumindest Vorschläge zur Finanzierung von zivilgesellschaftlichem Akteur*innen gemacht werden, insbesondere bei hospizlichen und palliativen Angeboten.

Einsamkeit durch Prävention begegnen

Unsere Gesellschaft befindet sich in einem stetigen Wandel. Familiäre, soziale und Kommunikationsstrukturen verändern sich so schnell, dass es immer mehr Menschen gibt, die nur über wenige reale soziale Beziehungen verfügen. Deshalb gewinnen die Schaffung und der Ausbau von niedrigschwelligen Orten der Begegnung eine immer größere Bedeutung. Zusätzlich müssen neue Zugangswege gefunden werden, um insbesondere stark von Vereinsamung betroffene Gruppen besser zu erreichen.

Besonders die ältere Generation droht zu vereinsamen, wenn der Partner oder die Partnerin verstorben ist und/oder die sozialen Bindungen und Bezüge immer weniger werden.

¹ Entwurf Diskussionspapier S. 8, letzter Absatz: 1. Sensibilisierung der Öffentlichkeit, 2. Wissen stärken, 3. Praxis stärken, 4. Bereichsübergreifend agieren und 5. Menschen unterstützende Angebote ausbauen.

² Vgl. dazu beispielsweise Kap. 4.13; 4.14, 4.16

Gleichzeitig deckt es sich mit den Erfahrungen aus den Mehrgenerationenhäusern, dass Einsamkeit Menschen jeden Alters treffen kann. Bedingt durch die Pandemie werden vermehrt Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene betreut, die von Einsamkeit betroffen sind.

Irritierend ist deshalb der Hinweis im Entwurf unter 4.6 (S. 16), dass nur eine **Stärkung der kommunalen Altenhilfe** fokussiert werden soll. Was bedeutet dies für Jugendliche? - und wo bleibt der Anspruch auf sektoren- und bereichsübergreifende Allianzen?

Soziale Orte der Begegnung nachhaltig sichern und ausbauen

Deutschland verfügt bereits jetzt über eine „Gelegenheits“- Infrastruktur. Mehrgenerationenhäuser, Stadtteilzentren und Seniorenbegegnungsstätten sind aktive soziale Einrichtungen, welche präventiv gegen Vereinsamung wirken und bedürfnisorientiert, zielgruppenspezifisch und/oder generationenverbindend agieren.

Menschen, die einsam sind, benötigen Gelegenheitsräume der Entlastung und Entschleunigung. Sie erleben Selbstwirksamkeit durch Teilhabe. Dies wird aber nur dort erfahren, wo wirkliche Begegnung stattfindet, wo aus einer Beziehung Vertrauen entstehen und dadurch Beratung überhaupt erst erfolgen kann.

Somit gilt es, bereits bestehende und bewährte Infrastrukturen zu sichern, damit diese verlässlich vorgehalten werden und Prävention möglich wird.

Engagementförderung nachhaltig stärken, soziale Teilhabe fördern - Partizipation ermöglichen

Unter der Überschrift „Gesellschaft vor Ort stärken“ wird im Entwurf unter Pkt. 4.7 angeregt, den Ausbau von Formaten zur Beteiligung von Bürger*innen zur Mitgestaltung von öffentlichen lokalen Räumen anzuregen. Hierzu sollen sektoren- und bereichsübergreifende Allianzen gebildet werden (Pkt. 4.5). Die genannten Anregungen sollten bereits bestehende bürgerschaftliche bzw. ehrenamtliche Strukturen und bestehende Angebote, etwa von MGH oder Stadtteilzentren, weiter stärken. Durch Mehrgenerationenhäuser wird Partizipation ermöglicht und soziale Teilhabe gefördert, wie aus der Begleitforschung zum Programm hervorgeht. Dabei erreichen die Häuser vulnerable Zielgruppen, die Hilfsangebote ansonsten besonders schwer annehmen können.

Integrative Sozialplanung und sozialräumliches Arbeiten bundesweit voranbringen

Um wirksam gegen Vereinsamung vorgehen zu können, müssen vorhandene Sozialräume genau analysiert werden. Die Integrative Sozialplanung ist innerhalb Deutschlands jedoch höchst unterschiedlich entwickelt, was Auswirkungen auf die konkreten Lebensverhältnisse der Menschen vor Ort hat. Nach der Erfahrung der MGH stellt sich Einsamkeit auf dem Lande anders dar als in den Metropolen. Deshalb beschäftigt sich das Bundesnetzwerk der MGH im Rahmen der Strategie zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse unter anderem mit dem Prinzip der Sozialraumorientierung und seiner Erweiterung um den virtuellen Raum.

Lebenslanges Lernen fördern³

Ziel muss sein, unter anderem die Digitalisierung als Chance zu nutzen, um zusätzliche Erfahrungsräume zu schaffen und Mobilität zu vergrößern. Mit dem „DigitalPaktAlter“ wurde hier u.E. ein richtiger Weg beschritten. Gleichzeitig braucht es aber entsprechende Rahmenbedingungen, um Erfahrungsorte und Beratungsangebote zum digitalen Lernen nachhaltig zu sichern. Dabei darf Digitalisierung nicht zum Selbstzweck verkommen, sondern muss eine konkrete Verbesserung der sozialen Infrastruktur für möglichst alle Menschen ermöglichen.

Empfehlung zur Liste laufender und geplanter Maßnahmen

In der Liste laufender und geplanter Maßnahmen, Pkt. 3 „Praxis stärken“ (S. 27), sollten unter 3.3 „Systematisierung der zahlreichen und vielfältigen Maßnahmen“ bereits vorliegende Erfahrungen aus den MGH berücksichtigt werden. Vergleiche dazu das Positionspapier: Mehrgenerationenhäuser als Strategie für gesellschaftliche Herausforderungen und Zusammenhalt“ (2022) Punkt 6. „Gemeinsam statt einsam“⁴:

„Vereinsamung ist ein aktuelles Thema unserer Gesellschaft. Ursachen für Vereinsamung können große Veränderungen des persönlichen Umfelds, Einschränkungen beispielsweise durch Alterungsprozesse, Veränderungen der Wohnumgebung, Digitalisierung, beruflichen Stress, Krankheit oder das Abweichen von gesellschaftlichen Normen sein. Außerdem gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen Vereinsamung, Armut und Gesundheit. Einsamkeit erhöht nicht nur das Risiko von Depressionen, sondern auch das Risiko von Herz-Kreislauf-Störungen, Demenz und Suizid. Vor diesem Hintergrund ist Einsamkeit nicht nur als ein persönliches, sondern als ein gesamtgesellschaftliches Problem zu sehen. Insbesondere Alleinerziehende und Alleinstehende sind überproportional von Vereinsamung betroffen. Mehrgenerationenhäuser bieten große Chancen, beginnenden Prozessen von Vereinsamung entgegenzuwirken. Mit ihren niederschweligen Angeboten und sozialraumorientierten Aktivitäten bieten sie den Bewohner*innen in ihrer Nachbarschaft vielfältige Möglichkeiten, sich ein stabiles soziales Umfeld aufzubauen, Beziehungen zu anderen Menschen zu pflegen und neue Menschen kennenzulernen. Besucher*innen können sich identitätsstiftend und selbstwirksam handelnd einbringen und - wenn notwendig - Zugänge zu professionellen Beratungsangeboten im oder außerhalb des Mehrgenerationenhauses erhalten.“

³ Vgl. Entwurf Diskussionspapier, Kap. 4.11 (S. 17)

⁴ <https://www.bnw-mgh.de/mehrgenerationenhaeuser-als-strategie-fuer-gesellschaftlichen-zusammenhalt/>